

## Bunter Wind heißt für uns...

...dass jede\_r die Möglichkeit haben sollte, den eigenen Lebensraum aktiv mitzugestalten. Jeder Mensch sollte grundsätzlich in der Lage sein, seine Persönlichkeit zu entfalten und an Entscheidungsprozessen zu partizipieren. Um Demokratie selbstbestimmt zu leben, benötigt der Mensch Begegnungsmöglichkeiten auf gleicher Augenhöhe.

Das erste Kapitel des Bundestagswahlprogrammes der AfD widmet sich der „Widerherstellung der Demokratie in Deutschland“. Hier ist die Rede von der „Allmacht der Parteien“, Wahlen oder Volksabstimmungen. Um zivilgesellschaftliches Engagement oder Bürger\_innenbeteiligung jenseits von Wahlen geht es bei der AfD jedoch nicht. Gerade in Lichtenberg gibt es langjährige Erfahrungen mit Instrumenten der Bürger\_innenbeteiligung wie dem Bürgerhaushalt, der bundesweit Vorzeigecharakter hat. Zivilgesellschaftliche Initiativen erreichten im Laufe der Jahre die Schließung extrem rechter Treffpunkte im Bezirk oder erst jüngst gelang es einer Bürgerinitiative die Nahversorgung in ihrem Kiez über die Eröffnung eines kleinen Supermarktes zu sichern.

Es ist ein zentrales Merkmal populistischer Parteien, stets direkte Demokratie und Volkssouveränität einzufordern. So

beschrieb Heribert Eisenhardt, gewählter AfD-Abgeordneter für die Lichtenberger BVV, sein Demokratieverständnis wie folgt: „Bärgida sagt, wir haben unsere eigene 2000 Jahre alte Kultur, wir brauchen kein Multikulti. Multikulti ist nicht demokratisch gewählt, also, wir sind das Volk, wir können das entscheiden, in einer Demokratie könnten wir das entscheiden.“<sup>ii</sup> Die Volkssouveränität ist aber nur eine der beiden Säulen der Demokratie. Die zweite ist die Verfassungssäule, also die Einschränkung der Herrschaft des Volkes zugunsten von Minderheitenschutz und Pluralismus, erklärt der Politikwissenschaftler Marcel Lewandowsky in einem Interview. Rechtspopulisten lehnen diese zweite Säule der repräsentativen Demokratie nicht ab, adressieren mit ihrer Politik aber nur die eine Säule, nämlich die unbedingter Volksherrschaft. Damit sind sie in der Tendenz antipluralistisch und diskriminierend.

## Hier weht ein Bunter Wind

für Lichtenberg



## Bunter Wind kennt...

...keine Grenzen. Wir wollen Menschen, die aus unmenschlichen und unsicheren Verhältnissen geflohen sind, mit unseren Möglichkeiten willkommen heißen und respektvoll behandeln.

Was uns eint, ist das Engagement gegen rassistische und diskriminierende Hetze sowie das Eintreten für Menschenrechte. Dabei stehen wir für eine Integration in die Kieze, am besten in Wohnungen. Bei einer Heimunterbringung der Geflüchteten ist ein enges Netzwerk mit dem Umfeld, den Nachbar\_innen, Jugendklubs und Begegnungszentren wichtig. Die lokale Politik unterstützt die Geflüchteten und stellt sich politisch schützend vor sie, falls notwendig.

Die Berliner AfD ist offen asylfeindlich: Sie fordert nicht nur einen prinzipiellen und sofortigen Aufnahmestopp von Flüchtlingen in Berlin, sondern stellt zudem im Wahlprogramm die perfide Forderung auf, „Bürgerkriegsflüchtlinge“ mögen doch bitte dabei unterstützt werden, „ein Ende der fluchtverursachenden Konflikte in ihren jeweiligen Herkunftsregionen abzuwarten“. Die Lichtenberger Verordnete Marianne Kleinert schrieb Anfang Juni 2017 in den sozialen Medien, sie traue sich nicht mehr auf den Karneval der Kulturen: „Danke ihr Nafris und Terroristen!“<sup>iii</sup> Mit dieser pauschalen Zuschreibung alle Schwarzen seien „Nordafrikanische Intensivstratftäter“ und Terroristen bedient sie sich klar abwertender, rassistischer Stereotype. Heribert Eisenhardt versucht ein überzogenes Bedrohungsszenario zu

entwerfen, wenn er in Bezug auf das Thema Zuwanderung von der „Flutung unseres Landes mit den vermeintlich Müheligen und Beladenen der ganzen Welt.“ spricht.

Integration und das Zusammenleben ist für uns, im Gegensatz zur AfD, keine Einbahnstraße. Rechtspopulistische Argumentationsweisen setzen auf Angst, Vereinzelung und Entsolidarisierung. Ein solidarisches Miteinander bedeutet für uns, sich aktiv gegen Diskriminierung und rassistische Ausgrenzung einzusetzen. Wir bauen unsere Netzwerke gemeinsam auf, damit unser Bezirk lebenswert für alle bleibt. Hierbei zeigen wir klare Haltung gegenüber allen, die Vielfalt und Respekt aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängen und durch Zwietracht, Neid und Hass ersetzen wollen.

- i Transkription der BVV-Sitzung vom 15. Dezember 2016
- ii In seiner Rede bei Bärgida am 18. Mai 2015
- iii Siehe Post auf <https://www.facebook.com/AfD-Watch-Berlin-Lichtenberg-420108591705774/> vom 16. Juni 2017

[bunterwind.wordpress.com](http://bunterwind.wordpress.com)  
[facebook.com/lichtenbergerbuendnis](https://facebook.com/lichtenbergerbuendnis)

V.i.S.d.P.: Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz,  
Sewanstraße 43, 10319 Berlin

## Die beste Alternative:

# Bunter Wind

für Lichtenberg

Ausgabe: 09/2017



## Argumente gegen den Rechtspopulismus der AfD

Die sechs Grundsätze der Bunten Wind Kampagne sind für viele engagierte Lichtenberger und Lichtenbergerinnen ein Handlungsleitfaden. Sie stehen für Weltoffenheit, demokratische Kultur, gleiche Rechte für alle und ein respektvolles Zusammenleben im Bezirk. Beim Start der Kampagne 2012 unterzeichneten über hundert Akteure aus Vereinen, Jugendeinrichtungen, Politik, Verwaltung, Sport und Zivilgesellschaft diese Grundsätze.

Die Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtspopulismus ist für uns

als Lichtenberger Bündnis ein Zusammenspiel: eigene demokratische Inhalte stark machen sowie klare Grenzen setzen gegen rassistische und rechtspopulistische Stimmungsmache. Hass ist keine Meinung. Unsere alltägliche Normalität im Bezirk sieht anders aus als es uns rechtspopulistische Bedrohungs- und Verschwörungsszenarien weismachen wollen. Unser Engagement ist geprägt von Diversität und Solidarität – darin liegt unsere Stärke. Die Grundsätze der Bunten Wind Kampagne sind dabei unser Leitbild.

## Bunter Wind heißt für uns...

...dass Lichtenberg für gelebte Vielfalt von unterschiedlichen Identitäten und Lebensentwürfen steht. Jeder Mensch ist einzigartig, mündig und gleich in der Würde. Nur eine bunte Gesellschaft macht einen respektvollen, wertschätzenden, angst- und gewaltfreien Umgang miteinander möglich.

Die Alternative für Deutschland (AfD) lehnt eine offene Gesellschaft mit einer Vielfalt unterschiedlicher Lebensentwürfe ab und verweigert sich mit ihrem starren rückwärtsgewandten Familien- und Geschlechterbild gegen gesellschaftliche Realitäten. Sie propagiert eine offensive Ablehnung von Gender Mainstreaming, obwohl dies seit 2008 im EU-Vertrag von Lissabon verankert ist. „Es ist so, dass die AfD mit dem Gender-Thema nichts anfangen kann. Für uns sind die Frauen nicht diskriminiert“, sagt die Lichtenberger AfD-Verordnete Gisela Starke-Kleese. Damit missachtet sie u.a., dass im Jahr 2016 Frauen für die gleiche Arbeit immer noch ein Fünftel weniger Lohn bekommen als Männer

Mit der Vorstellung, es gäbe nur zwei Geschlechter, Männer und Frauen, reiht sich die AfD in rechtskonservative bis extrem rechte Weltbilder ein. Mitnichten geht es beim Gender Mainstreaming darum, „alle Unterschiede zwischen den Geschlechtern abzulehnen und einzuebnen“ und somit das biologische Geschlecht quasi

abzuschaffen, wie es die AfD in ihrem Wahlprogramm behauptet. Viele Menschen und Organisationen setzen sich seit Jahren für die Gleichstellung sowie -berechtigung von bspw. homo- und transsexuellen Menschen ein. In unserem demokratischen Verständnis muss es möglich sein, ohne Angst vor Diskriminierungen und mit gleichen Rechten verschieden sein zu können, die Persönlichkeit frei zu entfalten – so wie es die Menschenrechte und Artikel 2 Abs. 1 des Grundgesetzes zusichern. Auch im Grundgesetz ist „die Beseitigung bestehender Nachteile“ verankert. Bemühungen diese Aufzuheben und andere Lebensentwürfe sichtbar zu machen, diffamiert die AfD als „staatlich geförderte Umerziehungsprogramme“, die das vermeintlich „bewährte, traditionelle Familienbild“ beseitigen wollen. Dieser Ablehnung einer kulturellen Modernisierung treten wir entschlossen entgegen und machen uns stark für die zahlreichen emanzipatorischen Kämpfe verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, die unsere Demokratie ausmachen.

## Bunter Wind heißt für uns...

...aktiv und entschlossen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung einzutreten. Wer andere Menschen wegen Aussehen, Hautfarbe, Sprache, Herkunft, Religion, sexueller Identität oder Lebensweise herabsetzt oder ausgrenzt, trifft hier auf unseren Widerstand. Für Konflikte gibt es keine einfachen Lösungsmuster. Rassismus ist keine Antwort auf soziale oder andere Probleme. Die Würde aller Menschen ist unantastbar.

## Bunter Wind heißt für uns...

...die Nutzung vielfältiger demokratischer Angebote. Das heißt in erster Linie das Wahrnehmen von demokratischen Angeboten und das aktive Einbringen der eigenen Möglichkeiten. Ein wichtiger Aspekt ist dabei der Austausch mit Menschen, die gleiche Interessen haben, sich vernetzen und zusammenschließen wollen.

...Bunter Wind heißt für uns auch Bewegung in der Demokratie. Wir verstehen Demokratie nicht als etwas Starres, Feststehendes, sondern als etwas Veränderbares. Demokratie lebt durch die Beteiligung von Bürger\_innen. Durch die aktive Begleitung und Beteiligung an demokratischen Prozessen stärken wir demokratische Strukturen und helfen dabei, diese voranzutreiben.

Das Hohenschönhausener Abgeordnetenhausmitglied Kay Nerstheimer (AfD-Mitglied), schrieb auf seine Facebookseite über Homosexuelle: „Die Natur sagt eindeutig, normal ist, was der Erhaltung der Art dient. Alles andere ist unnormale und in diesem speziellen Fall genetisch gegeneriert!“ (sic!) Damit liegt er nicht nur im biologischen Sinne falsch: Bei mehr als 1.500 Tierarten ist die gleichgeschlechtliche Liebe nachgewiesen. Dabei ist es völlig egal, ob es Wirbeltiere oder Wirbellose wie Insekten, Krustentiere, Kraken oder parasitische Würmer sind. Bei allen gibt es schwule oder lesbische Intermezzos.

Das Verhältnis der AfD zum Staat und seiner Rolle in der Gesellschaft ist voll von Widersprüchen. Während die Partei an vielen Stellen gegen die angeblich staatliche Bevormundung wettet, fordert sie bei ihr missliebigen Themen massive staatliche Eingriffe. So sei eine Verschärfung des Waffenrechtes als „Bevormundung und Kriminalisierung unbescholtener Bürger“ abzulehnen. Mit der Abschaffung der ihrerseits als „unwissenschaftlich“ verunglimpften Gender Studies, wird hingegen ein Eingriff des Staates in die unabhängige Wissenschaft gefordert. Den anderen Parteien wirft sie gerne vor Klientelpolitik, also nur ihre Anhänger\_innen zu vertreten, zu betreiben und nicht das Volk zu vertreten. Dem widerspricht der Auftritt ihres ersten Bezirksstadtratskandidaten Wolfgang Hebold, der bei seiner Vorstellung in der BVV mehrmals darauf bestand, die Vertretung von „20 Prozent der Bevölkerung“ zu sein und zwar jener „zwanzig Prozent, die AfD gewählt haben“.

Die AfD hat ein völkisches und nationalistisches Verständnis der „deutschen kulturellen Identität“, dass viele hier lebende Menschen ausschließt. Darauf bauen rassistische Lösungsvorschläge für soziale Problemlagen auf. So forderte der Verordnete Falk Rodig in einer Debatte zum Milieuschutz in Lichtenberg „harte Entscheidungen gegen die Zwangsansiedlung von sozio-kulturell Anderen“. Inwiefern das helfen soll höhere Mieten oder eine sozialverträgliche Stadtentwicklung umzusetzen, erklärte er nicht.

Dies sind typische diskriminierende Argumentationsmuster der AfD. Sie will Ängste schüren, um sich dann als vermeintliche Ret-

Die AfD schreibt in der Präambel zum Berliner Wahlprogramm, sie wolle „die erstarrende Parteiendemokratie durch mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie wieder mit Leben [...] erfüllen. [...] Dazu brauchen wir keine Sprach- und Denkverbote, sondern die Bereitschaft zum Selbstdenken und den Mut zum Widerspruch.“ Die AfD hat zu Meinungsfreiheit und Bürgerbeteiligung ein sehr strategisches Verhältnis. Im Flüchtlings- und islamfeindlichen Diskurs fordert sie diese ein und bringt sie in Stellung gegen die Ächtung oder gar strafrechtliche Verfolgung von rassistischen oder volksverhetzenden Äußerungen. Wird ihre frei geäußerte Meinung dann aber von anderen eingeordnet und als undemokratisch bewertet, spricht die AfD gerne von „linken Meinungsmachern“ oder „Lügenpresse“. Diese Verdrehungstechnik ist Teil rechtspopulistischer und extrem rechter Kommunikationsformen. Dabei wird das Ziel verfolgt mit ständigen Provokationen und Tabubrüchen unter dem Schutzschild der

Meinungsfreiheit eine totale Entgrenzung der Diskurse zu erreichen.

Das Mittel ist dabei, das scheinbar „Un-sagbare“ zu sagen, um sich medial als Garant der Meinungsfreiheit inszenieren zu können. Das Ziel ist dabei die Verschiebung gesellschaftlicher Debatten nach rechts und die Platzierung dieser (extrem) rechten Inhalte in der Presselandschaft.

So traten verschiedene prominente AfD-Politiker\_innen wie Frauke Petry und die Berlinerin Beatrix von Storch dafür ein, der Migration mit Schusswaffeneinsätzen an den europäischen Außengrenzen zu begegnen oder der Berliner AfD-Politiker Andreas Wild phantasierte den Bau von geschlossenen Flüchtlingslagern mit Bauten aus Brettern und Nägeln herbei.

terin für „besorgte Bürger“ zu inszenieren. In allen Politikfeldern baut die AfD Feindbilder auf: Parteien, Journalist\_innen, Homosexuelle, Migrant\_innen, Flüchtlinge. Sie tut gerne so, als hätten gesellschaftliche Minderheiten den öffentlichen Raum übernommen und als gäbe es eine ohnmächtige Mehrheit, die plötzlich nicht mehr zum Zuge käme. Nicht jeder, der/ die seine/ ihre Wertvorstellungen und seinen Willen nicht durchgesetzt sieht, kann sich auf demokratische Traditionen berufen. Es widerspricht vielmehr der Ideengeschichte unserer freien Gesellschaft, die Minderheitenrechte zum Kern einer liberalen Demokratie macht und sie nicht

permanent in Frage stellt. Die AfD argumentiert immer nach dem gleichen Muster: die Gleichstellung von ethnischen oder sexuellen Minderheiten interpretiert sie stets als angebliche Schlechterstellung der Mehrheit. Ihre Antwort ist die Konstruktion einer exklusiven völkischen „deutschen Leitkultur“, die es so nie gegeben hat. Keine „Ehe für Alle“ wird verhindern, dass heterosexuelle Paare heiraten, und ein Flüchtling mit einem Smartphone führt nicht dazu, dass sich weniger Leute ein iPhone kaufen können.